№ 247.

Außerordentliche Beilage zur Leipziger Zeitung.

Dresden, Montags, den 23. December 1833.

Nachrichten vom Landtage.

Hundert und vier und sechzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, den 11. Dec. 1833.

(Beschluß.)

Berathung über den Bericht der 3. Deputation, den Antrag des Abg. Lindner und den damit connexen des Pastors Stange auf gesetzliche Einführung von Sonntagsschulen im ganzen Lande. — Berathung über den Bericht der 3. Deputation, die Vorschläge der 1. Deputation, die Einführung der Handelsgerichtsordnung außerhalb Leipzig in verschiedenen Städten, die nochmalige Revision der ersteren, und die Entwerfung eines vollständigen Handelsgesetzbuchs betreffend.

Staatsminister v. Könneritz: Der Antrag der Deputation widerspreche gar nicht der Ansicht der Regierung, und wenn er angenommen würde, so acceptire man nur, was die Regierung wolle. Wenn der Redner gesagt, es sei gut, den Wunsch auszusprechen, um dem Lande zu zeigen, daß die Kammer Interesse daran habe, so müsse er doch zu bedenken geben, daß man nicht Anträge und Schriften mache, um dem Volke zu zeigen, daß man Interesse bei einer Sache habe; die Anträge und Bewilligungen bei dem Budget würden das Beste zeigen. Im Allgemeinen glaube er auch, daß sich der Sinn für die Gewerbsschulen hier hinlänglich ausgesprochen habe, und da die Berathungen durch die öffentlichen Blätter bekannt würden, so würde dadurch der Zweck erreicht, den der Abgeordnete vor Augen gehabt.

Abg. Meisel: Er sei nicht gemeint gewesen, daß durch Aussprechung des Wunsches bei dem Volke etwas bewirkt werden solle, sondern sein Grund sei der gewesen, daß nicht entgegengesetzte Ansichten gefaßt werden, wenn man sich gegen einen solchen Wunsch ausspräche.

Abg. v. Thielau: Man habe vorhin die Meinung ausgesprochen, als würde der Antrag nur darum angefochten, weil er blos die Beförderung der Gewerbe, namentlich der Manufacturen bezwecke. Er müsse offenherzig gestehen, daß ihm eine solche Sonderung von jeher fremd gewesen sei; auf der andern Seite wisse er auch so viel von der Nationalökonomie, daß Ackerbau und Industrie so enge mit einander verbunden seien, daß das Eine ohne das Andere nicht bestehen könne. Allein, wenn ein Abgeordneter sage, daß eine indirecte Bewilligung nicht darin liege, so lasse er das der Kammer anheim gestellt; aber er müsse aufmerksam machen, ob man, wenn mehrere Gewerbsschulen, als bis jetzt bestanden, angelegt werden sollen, auch die genaue Kenntniß habe, daß sie nothwendig seien? Er zweifle. Die Sache sei zu wenig reif, um sich darüber zu bestimmen. Die Kammer werde sehr schwer von ihrem Antrage zurückgehen können, wenn sie sehe, daß er bedeutende Kosten verursache und nicht den zu erwartenden Erfolg gewähre; indem sie den Antrag ausspräche, erkläre sie, daß sie die Gewerbsschulen wolle, und im Falle die Kammer diesen Antrag zu stellen geneigt sei, so würde er doch wenigstens wünschen, daß dieser Gegenstand auf eine besondere Tagesordnung gebracht würde; denn es sei keine Kleinigkeit, ob man diesen Beschluß fasse. Abgesehen von den Kosten, müsse er noch bemerken, daß die Anlegung solcher Schulen manchmal nachtheilig für die Gewerbe gewesen sei, was sich durch Facta nachweisen lasse.

Abg. und Secretair Richter macht die Kammer darauf aufmerksam, daß sie erst die Summe möchte kennen lernen, welche auf das Budget gebracht sei, und diese Summe sei nicht gering; auch er halte bedenklich, heute sich so auszusprechen, wie das Deputationsgutachten wolle.

Referent Axt: Die letzte Bemerkung des Abg. v. Thielau, als ob es schädlich sei, Gewerbsschulen zu gründen, will ich Sachverständigen überlassen; ob es ein Bedürfniß sei, darf ich nur erwähnen, daß wir nur 8 bis 9 Sonntagsschulen haben, die eine Aehnlichkeit mit den Gewerbsschulen besitzen. Wenn die Staatsregierung bemerkt hat, daß der Antrag mit den Ansichten der Regierung übereinstimme, so freut mich dieses, beruhigt mich aber dessenungeachtet nicht, wenn der Vorschlag der Deputation, welcher über die Abkürzung des Landtags zu berathen hat, erklärte, daß es ungewiß sei, ob dieser Gesetzentwurf in die erste Linie kommen werde. Nun sagt der Hr. Staatsminister, daß man bei dem Budget darüber berathen und die Summe bewilligen könne; allein dann müssen wir doch blindlings berathen, und wann soll der Plan zur Berathung kommen? Bei nächstem Landtage? Das ist bedenklich, wenn wir in der Zeit, wo wir dahin trachten müssen, uns nicht überflügeln zu lassen, auf 3 Jahre hinausgeschlagen werden; und es wäre also sehr gut, wenn die Kammer den Wunsch ausspräche, daß dieser Gesetzentwurf in die erste Linie komme, damit er nicht in das Hintertreffen geworfen wird. Dann ist bemerkt worden, es scheine das Interesse der Fabrikstädte vorzuwalten. Ich mache aufmerksam, daß wir das Landbeschälinstitut empfohlen haben, und es ist in neuster Zeit recht wacker für das ländliche Gewerbe gesorgt worden; es wird von den Abgg. des Bauerstandes nicht darüber geklagt werden können, daß sie vernachläßigt worden sind. Hier ist nun von Gewerben die Rede, und man muß bedenken, daß Sachsen vorzüglich der Industrie seinen Schwung verdankt und durch sie emporgekommen ist; aber in letzter Zeit ist ein Stillstand eingetreten, und deswegen haben uns auch andere Länder in einzelnen Zweigen überflügelt.

Abg. v. Thielau: Ich bitte das Präsidium, den Referenten darauf aufmerksam zu machen, daß wir versammelte Stände sind, und nicht Abgg. einzelner Classen von Staats-

SLUB
Wir führen Wissen.